

Niederschrift

über die Sitzung des AGENDA-Beirates - öffentlich -

Datum: 25.03.2014

Ort: Chemnitz, Kraftwerk, Jugendclubraum, Kaßbergstraße 36, 09112 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr – 18:25 Uhr

Vorsitz: Herr Thomas Scherzberg - Vorsitzender des Agenda-Beirates

Beschlussfähigkeit

Soll: 3 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 2 Stadträtinnen/Stadträte

Soll: 8 sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner

Ist: 6 sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Wolfgang Kraneis

Herr Christoph Magirius

Herr Olaf Nietzel

SPD-Fraktion

sachkundiger Einwohner

sachkundiger Einwohner

Seniorenbeirat

dienstlich

sachkundige Einwohner

Herr Stephan Brenner

Herr Bernhard Herrmann

Frau Britta Schmidt

Herr Matthias Schönherr

Frau Elke Teller

Frühzeitiges Verlassen

Frau Ute Kiehn

18:20 Uhr; TOP 4.2;

dienstlich

Stadtratsmitglieder

Herr Thomas Scherzberg

Herr Falk Ulbrich

Fraktion DIE LINKE

CDU-Ratsfraktion

beratend Teilnehmende

Herr Fritz Stengel

Stellv. Ortsvorsteher Grüna

Gäste

Herr Manfred Hastedt

Herr Stephahn Hunkel

Frau Anett Illert

Frau Manuela Lehnert

Leiter Umweltzentrum

künftige Bürgerplattform Mitte-West

Bürgerplattform Leipziger Straße

Bürgerplattform Chemnitz Süd

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Anett Böttcher

Herr Gernot Eißner

Frau Heike Jentsch

Frau Cornelia Utech

Frau Inga Zilly

Sachbearbeiterin Abt. 50.03

Abteilungsleiterin Abt. 36.5

Bürgerbüro

amt. Abteilungsleiterin Amt 50

amt. Abteilungsleiterin Abt. 50.3

bis zu B-059/2014

bis zu B-059/2014

bis zu B-059/2014

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel

Sachbearbeiterin Abt. 15.4

1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Scherzberg eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scherzberg schlägt vor, dass im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage B-094/2014 „Bürgerplattformen in Chemnitz“ im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zur Bürgerbeteiligung unter dem TOP „Verschiedenes“ im öffentlichen Teil diskutiert werden könne.

Hierzu gibt es keinen Widerspruch. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der Sitzung des AGENDA-Beirates - öffentlich - vom 15.01.2014

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

4 Allgemeine Informationen

4.1 Umsetzung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Chemnitz

Herr Eißner (Abteilungsleiter Abt. 36.5) macht Ausführungen zum Kreislaufwirtschaftsgesetz und reicht die Schwerpunkte seiner Ausführungen den Beiratsmitgliedern aus. Er führt aus, dass die Kommunen zur Erstellung und Fortführung des Abfallwirtschaftskonzeptes verpflichtet seien und das vorliegende Konzept die 2. Fortschreibung sei. Der Schwerpunkt des Konzeptes sei, dass es ausschließlich die kommunale Abfallwirtschaft betreffe. Grundlage hierfür sei das Kreislaufwirtschaftsgesetz, welches neu eine fünfstufige Abfallhierarchie beinhalte. Diese sei wegweisend, da vordergründig auf die Vermeidung von Abfall Wert gelegt werde. Die Länder seien gehalten Abfallvermeidungsprognosen zu erstellen, was über die Länder in den Kommunen umgesetzt werden müsse. Seitens des Gesetzgebers wurden hierfür Verwertungsquoten vorgegeben, welche verschiedene Abfallarten betreffen. die energetische Verwertung von erheblichen Bioabfällen müsse noch erfolgen.

Auch neu ausgerichtet sei die gewerbliche karitative Sammlung. Allerdings sei Sachsen wenig bereit, eine geordnete Verfahrensweise hierzu herbeizuführen. **Herr Eißner** informiert, dass der ASR eine Klage gegen die Landesdirektion Sachsen anstrebe, da die Gegebenheiten der Stadt Chemnitz nicht berücksichtigt werden. Hier nennt er als Beispiel die Altkleidercontainer, welche von verschiedenen Firmen aufgestellt wurden. Zuständig für die kommunale Abfallentsorgung sei aber der ASR und dies sei wichtig, da Erlöse aus der Verwertung in den Gebührenkreislauf zurück fließen und dadurch in den letzten Jahren eine Gebührenstabilität erreicht werden konnte. Aus diesem Grund wolle die Stadt an dem Konstrukt ASR festhalten. Das Konzept diene als Wegweiser bei der Umsetzung der gesetzlichen Forderungen.

Herr Scherzberg ergänzt als Mitglied des Abfallzweckverbandes, dass das Beispiel Chemnitz zeige, dass private Abfallrestentsorgung teurer sei als die öffentliche. Zielrichtung sei, dass bei Bestand der Abfallanlage über das Jahr 2020 hinaus bestehe die Möglichkeit aus der GmbH einen Eigenbetrieb zu machen und somit Umsatzsteuer zu sparen.

Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner) sagt, dass der AWVC und ASR gut arbeitende Verbände bzw. Eigenbetriebe seien. Dennoch verwundere es ihn, dass trotz der Verbandszugehörigkeit noch nicht bekannt sei, ob andere Mitglieder mitmachen und ob es überhaupt umsetzbar sei. Er fragt, ob es dazu Gespräche gäbe und ob die Verknüpfung mit den Klärschlämmen in der Studie angedacht werde. Abschließend möchte er wissen, wann die Zwischenergebnisse an den Bürgern bekanntgegeben werden können.

Herr Eißner erklärt, dass er in die Studie nicht involviert sei, Frau Weikert aber den Auftrag habe Gespräche mit den Landkreisen zu führen.

Herr Scherzberg bestätigt, dass die Verbandsversammlung Frau Weikert den Auftrag gegeben habe Gespräche zu führen. Hintergrund sei ein Schreiben der LDS mit der Forderung einer gemeinsamen Gestaltung. Durch den AWVC laufen Gespräche und diese sollten in die Studie mit einfließen.

Zum Klärschlamm sagt er, dass in Klärschlamm Phosphat als knappstes Element auf der Welt enthalten sei und geprüft werde, wie dieses zurückgewonnen werden könne.

Herr Hastedt (Leiter Umweltzentrum) fragt, ob es schon Reaktionen und Ideen hinsichtlich der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Senkung von Plastikmüll gäbe.

Herr Eißner erklärt, dass für Plastik die Verpackungsverordnung gelte, welche demnächst novelliert werden solle. Seitens der Bundesregierung sei hierzu nichts zu erwarten.

Herr Hastedt ergänzt, dass die EU hier eine 80 %ige Reduzierung bis 2018 vorsehe.

Herr Scherzberg geht davon aus, dass sich die Bundesregierung nicht an die von der EU gesetzte Frist halte. Er sagt, dass die EU im Abfallbereich kommunal ausgerichtet sei und die Lobbyisten versuchten den Prozess in die Länge zu ziehen.

Herr Eißner meint, dass auf kommunaler Ebene dennoch Ansätze entwickelt werden könnten.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) fragt zur Bevölkerungsprognose in der Vorlage, wie die Stadt gedenke mit den aktuellen Zahlen umzugehen.

Herr Eißner erklärt, dass sich in der Beschlussvorlage auf aktuelle Zahlen des Amtes für Statistik und Wahlen gestützt wurde und ein kleiner Anstieg der Bevölkerungszahl zu verzeichnen sei.

Herr Ulbrich macht Ausführungen zur Einwohnerentwicklung und könne nicht erkennen, wie auf die positive Entwicklung seitens der Verwaltung reagiert werde. Er weist darauf hin, dass bei nicht beachten es an allen Stellen ähnliche Probleme geben werde wie in Dresden und Leipzig.

Herr Eißner sagt, dass die Prognosen durch das Statistische Landesamt in Kamenz gegeben werden und die aktuellen Zahlen für die Abfallwirtschaft nicht so maßgeblich seien wie für andere Bereiche.

Herr Scherzberg weist darauf hin, dass 1995 eine Müllprognose erstellt wurde, welche zu fast 100 % im Jahr 2005 zutraf.

Er sagt weiter, dass die Summe der Siedlungsabfälle in den letzten Jahren konstant geblieben sei, wobei der Restabfall weniger wurde und andere Abfallsorten leicht ansteigen. Er sagt auch, dass im Osten die Summe der Abfälle höher sei als im Westen Deutschlands.

Herr Ulbrich möchte wissen, warum die Beschlussvorlage nicht im Betriebsausschuss, sondern nur im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss vorberaten wurde.

Herr Scherzberg erklärt, dass aufgrund der Hauptsatzung die Vorlagen nur in einem Ausschuss vorberaten werden sollten. Und da die Vorlage konzeptioneller Art sei, erfolgte die Vorberatung im Planungs-, Bau und Umweltausschuss. Ihm sei aber bekannt, dass es im Betriebsausschuss im Zusammenhang mit der Umsetzung thematisiert werden solle.

Er kritisiert, dass noch zu wenige Vorlagen in Beiräten vorberaten werden. Ebenso gefalle ihm nicht, dass die Vorlagen in nichtöffentlichen Sitzungen vorberaten werden müssen zumal in den Ortschaftsräten die Vorberatungen öffentlich erfolgen.

4.2 Information zum Bürgerhaushalt

Herr Schönherr (sachkundiger Einwohner) informiert aus der Sitzung der Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt vom 20.03.2014 über organisatorische Veränderungen. So erfolge die Koordinierung des Bürgerhaushaltes nicht mehr im Bürgermeisteramt sondern in der Pressestelle der Stadtverwaltung (Bereich Kommunikation, Marketing und Grundsatzfragen).

Er informiert über die Themenauswahl 2014, welche auf den Themen aus 2013 basiert. Das sind Unterhaltung von Grünflächen, Spielplätze, Verkehrsflächen/Mobilität, Zuwendungsbericht, Gesamtstadt, Betreuungsschlüssel Kita, Fahrradwege, Kultur, Großprojekte, Tierpark, Gedenkort Kaßberg Gefängnis, ÖPNV, Familie und Jugend, Investitionen in Stadtgebiet, Wirtschaftsförderung, Verkehrsflächen und Anlagen sowie Stadtplanung.

Rege Internetdiskussionen gab es zum Thema Zuwendungen an Vereine und Verbände. Er habe angeregt, dass dieses Thema weiter ausgebaut werden solle. Im Vorfeld seien von den Fraktionen Themen eingeflossen.

So wurden als Themen von der Fraktion DIE LINKE Grünpflege, Kulturförderung und Begegnungsstätten sowie von der CDU-Ratsfraktion die Vergabe Patenschaft Grünflächenpflege, Strukturierung der Parkordnung im eigenen Wohngebiet, Regelung der Verkehrsflächen in Wohngebieten sowie die Regelung von Geschwindigkeitsbegrenzungen in Wohngebieten eingereicht.

Als Favoriten stellten sich nach der Diskussion in der Lenkungsgruppe die Themen freie Kulturszene, Verbesserung der fußläufigen Verbindung und Grünflächen heraus.

Er informiert, dass nach der Kommunalwahl der Bürgerhaushalt in der Form nicht mehr arbeitsfähig sei und erst im November 2014 eine Beschlussvorlage zur Lenkungsgruppe Haushalt eingebracht werde.

Abschließend informiert Herr Schönherr, dass es ein Netzwerktreffen Bürgerhaushalt in Darmstadt gab und dass nach Beendigung der Bürgerbeteiligung zum Thema Spielplätze Preise verlost wurden.

Herr Scherzberg kritisiert, dass aufgrund der starren Organisation die Lenkungsgruppe durch die Kommunalwahl und somit den Wechsel des Stadtrates arbeitsunfähig werde. Dies habe mit dem Bürgerhaushalt im eigentlichen Sinne wie der AGENDA-Beirat ihn gewünscht habe nichts zu tun. Das Aussetzen der Arbeit für ca. ein halbes Jahr sei nicht tragbar. Zu seiner Frage, wer die Angliederung an die Pressestelle entschieden habe und was dies für Vorteile haben solle, verweist **Frau Jentsch (Amt 15)** an die Pressesprecherin.

Herr Scherzberg sagt, dass er diese Fragen als Stadtratsanfragen an die Oberbürgermeisterin einbringen werde.

Herr Schönherr ergänzt, dass noch strittig sei, ob die bisherigen Mitglieder freiwillig weiterhin teilnehmen oder ob die Verwaltung die Aufgaben weiter führen solle.

Herr Herrmann rekapituliert, dass die Bevölkerung die Abstimmungen zu Schulen und Spielplätzen wahrgenommen habe. Er verstehe unter Bürgerhaushalt jedoch was anderes. Aus seiner Sicht sei es nicht legitim, dass jeder versuche seine Interessen durchzusetzen und der Schwächere nichts abbekäme. Er nennt als Beispiel wo Dinge versäumt wurden, dass der meist genutzte Spielplatz am Lessingplatz bis Sommer geschlossen sein werde. Er führt an, dass es viele Einheiten wie Bürgerplattformen, Ortschaftsräte usw. gäbe, die relative bürgernah arbeiten. Diesen sollte ein Budget gegeben werden. Bis heute habe er auf seine Frage, warum diese Budgetierung zu teuer wäre keine Antwort vom Amt 15 erhalten. Er meint, dass sich einzelne Dinge besser über Budgets gestalten ließen. Auch habe die Stadt die Pflicht zur wirtschaftlichen Haushaltsführung.

Frau Jentsch führt aus, der Bürgerhaushalt sehe vor, dass Bürger Empfehlungen an den Stadtrat und die Verwaltung geben allerdings nicht entscheiden. Sie sieht den Bürgerhaushalt als sinnvolles Instrument, wenn die Bürger vor Ort einbezogen werden.

Zur Budgetierung von Ortschaftsräten erklärt sie, dass in der Ortschaft Röhrsdorf ein Modellversuch gestartet werden solle.

Herr Herrmann fragt, warum dieser Modellversuch in Röhrsdorf und nicht in einer anderen Ortschaft erfolge. Diese Frage solle an die Stadtratsmitglieder gerichtet werden. Er informiert, dass in anderen Großstädten wie z. B. in Dresden enorme Summen für die Ortschaften zur Verfügung gestellt werden. Diese Beispiele sollten genutzt und nicht an Pilotprojekten gebastelt werden.

Herr Stadtrat Ulbrich schließt sich dieser Auffassung an. Ihn störe, dass Meinungen eingefangen und keine Budgets vergeben werden. Auch zu allgemeinen Themen wie Stadion oder Theater sollten die Bürger einbezogen werden. Derzeit gehe seiner Meinung nach alles nach Gutdünken. Zu den Bürgerplattformen sagt er, dass diese den Ortschaftsräten teilweise gleichgestellt werden und teilweise willkürlich zusammengesetzt seien. Er meint, dass z. B. Untergruppen in den Ortschaften und Stadtteilen gebildet werden können, welche gewählt werden. Er könne auch keine Legitimation und allgemeines Vertretungsrecht bei den Bürgerplattformen erkennen. Abschließend sagt er, dass ihm beim Bürgerhaushalt Geld fehle, mit dem was gestaltet werden könne, als rein beratendes Gremien genüge ihm das nicht.

Herr Scherzberg erklärt, dass es der Gesetzgebung in Deutschland geschuldet sei, dass mit dem Bürgerhaushalt so verfahren werde. Ursprünglich wollte der AGENDA-Beirat die Einbeziehung der Bürger zu größeren Entscheidungen und klare Fragestellungen, ob sich die Bürger bestimmte Maßnahmen leisten wollen und wie sie sich die Zukunft vorstellen. Er erinnert, dass der AGENDA-Beirat erst nach langer Diskussion der Vorlage zum Bürgerhaushalt zugestimmt habe, dieser aber nicht der Sache diene.

Er schlägt vor, eine entsprechende Stellungnahme an die Oberbürgermeisterin zu verfassen. Unabhängig davon werde er die morgige Stadtratssitzung für eine Ratsanfrage nutzen.

Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Herr Stengel (stellv. Ortsvorsteher Grüna) sagt, dass die Ortschaftsräte die Entwicklung der Bürgerplattformen verfolgen und jede Form der Bürgerbeteiligung zunächst positiv sehen. Dabei sei es sicher schwierig den richtigen Weg zu finden Bürger zu beteiligen. Er habe den Eindruck, dass seitens der Verwaltung die Bürgerbeteiligung gewollt werde, andererseits jedoch auch nicht. Es solle alles unter Kontrolle gehalten und zentralistisch gehandelt werden. Er bezieht sich hier auf eine Aussage des Herrn Bürgermeister Brehm, dass die Verwaltung entschieden habe den § 67 der SächsGemO nicht anzuwenden. Er betont, dass sich von dem Gedanken verabschiedet werden solle, dass die Ortschaftsräte zusätzliches Geld in Anspruch nehmen wollten. Denn es gehe darum, dass die Ortschaftsräte mit dem vorhandenen Geld effektiver arbeiten wollen. Als Beispiel hierfür nennt er die Grünpflege.

Zum Modellprojekt mit dem Ortschaftsrat Röhrsdorf erklärt er, dass er nicht wisse, was mit 5.000 € gestaltet werden solle. Die gegebenen Möglichkeiten nach der Gemeindeordnung könnten nicht angewandt werden, da sich die Stadt sträube. Ein Argument der Verwaltung sei hier die Gleichbehandlung der Stadtteile, was aber nicht gerechtfertigt sei, wenn es als Bremse genutzt werde. Er sagt abschließend, dass die Bürgerbeteiligung mehr leisten könne als die Verwaltung zulasse. Wenn mit den Bürgern vertrauenswürdig zusammengearbeitet werden würde, könne man ehrenamtliches Engagement wecken.

Herr Scherzberg fragt die Vertreter der Bürgerplattformen wie sie sich Bürgerbeteiligung vorstellen.

Frau Illert (Bürgerplattform Leipziger Straße) sagt, dass bei der Bürgerbeteiligung kleine Schritte gegangen werden müssen und nennt als Beispiel für Engagement den Andréplatz. Sie stimmt zu, dass die Vorgaben sehr sperrig und kompliziert seien, die Bürger aber schnell und spontan helfen wollen. Es sei ein Lernprozess auf beiden Seiten nötig. Kleinere Projekte hätten einen Nutzen der nachhaltig sei. Sie sagt abschließend, dass Diskussionen, die Ortschafträge gegen die Bürgerplattformen auszuspielen unnötig seien, da sich diese ergänzen können. Sie informiert, dass die Bürgerplattform Leipziger Straße bereits als Träger öffentlicher Belange einbezogen werde.

Herr Herrmann betont, dass das Engagement der Bürgerplattformen nicht geschmälert werden solle. Aber z. B. die Zusammenlegung Sonnenberg und Ebersdorf als Bürgerplattform sei eine zentralistische Entscheidung und nicht nachvollziehbar. Eine Verschmelzung müsse freiwillig erfolgen. Er sei überzeugt, dass durch bürgernahe Arbeit Dinge preiswerter sein können. Zur Einbeziehung als Träger öffentlicher Belange meint er, dass ihm dies noch ein bisschen wenig sei und es hierzu rechtliche Regelungen geben müsse.

Herr Stengel ergänzt, dass die Leistungsbereitschaft der Bürger vorhanden sei. Er meint, dass geprüft werden müsse, in welchen Strukturen Förderungen erfolgen sollen. In gewachsenen Strukturen sei die Bereitschaft sicher größer als in künstlich geschaffenen Strukturen.

Frau Jentsch führt aus, dass die Bürgerplattformen eigenständig von der Verwaltung arbeiten und lediglich ein Budget erhalten. Die Gebiete für die Bürgerplattformen seien entsprechend der Gebiete für die Einwohnerversammlungen zusammengelegt worden. Die Bürger haben sich selbständig gefunden und arbeiten eigenständig. Dies dürfe nicht negiert werden.

Herr Scherzberg benennt als Beispiel für eine Zusammenführung von Stadtteilen zu Bürgerplattformen, dass Rottluff viel engere Beziehungen nach Altendorf als nach Rabenstein habe. In der Vorlage allerdings sollen Rottluff und Rabenstein zusammengelegt werden, was nicht funktionieren werde.

Frau Lehnert (Bürgerplattform Chemnitz Süd) führt aus, dass im Heckert-Gebiet und Kappel positiv sei, dass Menschen aller Altersgruppen in der Bürgerplattform vertreten seien. Es sei ein langwieriger Prozess, wo verschiedene Dinge zusammengefasst wurden, die Wahrnehmung sei aber besser als vorher und die Bürger werden gehört. Es seien in der Zwischenzeit sinnvolle Projekte entstanden. Sie meint, dass die Bevölkerung in Bürgerforen weiterhin angehört werden solle. Als TöB werde diese Bürgerplattform noch nicht behandelt, was daran liege, dass es keine Bauvorhaben im Gebiet gäbe.

Herr Scherzberg weist darauf hin, dass z. B. der Beschlussantrag BA-008/2014 mit dem Grundsatzbeschluss zum Standort Hort der Albert-Einstein-Grundschule in diese Plattform zur Anhörung gehört hätte.

Darauf erklärt **Frau Lehnert**, dass die Bürgerplattform zu diesem Sachverhalt teilweise einbezogen wurde.

Herr Scherzberg erinnert, dass der AGENDA-Beirat durch Entscheidung des damaligen Oberbürgermeisters Dr. Seifert als TöB behandelt werde. Die Zusammenarbeit mit dem Dezernat 6 sei sehr gut, mit dem Dezernat 5 nicht mehr. Er empfiehlt, dass die Bürgerplattformen die Entscheidung der Oberbürgermeisterin hierzu einfordern.

Frau Jentsch weist darauf hin, dass die Beteiligung als TöB ein Begriff aus dem Baurecht und für den Sozialbereich rechtlich nicht geregelt sei.

Herr Scherzberg fasst zusammen, dass die Diskussionen zu den Bürgerplattformen in die Stellungnahme zum Bürgerhaushalt aufgenommen werden.

Herr Hunkel (künftige Bürgerplattform Mitte-West) meint, dass die Bürgerplattform Anlaufpunkt für Bürger sei, welche sich nicht einordnen wollen. Sie gehen keine Verbindlichkeiten ein und daher seien diese Plattformen gut für die Bürgerbeteiligung geeignet. Die Arbeit der Bürgerplattformen solle nicht abhängig sein von Geldern, da es um Ideen gehe.

Frau Schmidt (sachkundige Einwohnerin) findet Bürgerplattformen gut, würde sich aber wünschen, dass die Bürger mehr darüber informiert werden.

Herr Brenner (sachkundiger Einwohner) fragt, welche Rolle die Bürgerinitiativen spielen, ob diese integriert werden oder parallel laufen.

Herr Hunkel sagt, dass diese parallel laufen und autark bleiben sollen, es aber Synergieeffekte gäbe.

Herr Herrmann sieht das Modell Bürgerplattformen relativ lose in der Verbindlichkeit. Er fragt Herrn Hunkel was ihn bewege hier mitzuarbeiten und ob nicht die Gefahr bestehe irgendwann allein da zustehen. Nach seiner Meinung müssen die Bürgerplattformen verpflichtend als Träger öffentlicher Belange einbezogen werden und dafür müsse gestritten werden.

Herr Hunkel sagt, dass es zunächst die Möglichkeit geben müsse in das politische Geschehen einzugreifen. Er betont, dass man den Bürgerplattformen die Chance geben müsse, ihre Kräfte zu bündeln.

4.3 Aktuelles aus dem Agenda-Büro/Umweltzentrum

Die Informationen erfolgen im Zusammenhang mit der Informationsvorlage I-019/2014 „Jahresbericht des kommunalen Umweltzentrums 2013“ im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

5 Verschiedenes

Herr Scherzberg informiert über ein Schreiben des Amtes 15 zur Möglichkeit der Vorstellung der Beiräte im Amtsblatt und bittet um das Votum des Beirates.

Er schlägt vor, dass er einen Entwurf verfasst und allen Mitgliedern zur Kenntnis und Abstimmung übergibt, so dass Ende April der Beitrag an die Pressestelle übergeben wird.

Zu diesem Verfahren gibt es keinen Widerspruch.

6 Bestimmung von zwei Beiratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des AGENDA-Beirates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Teller (sachkundige Einwohnerin) und Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) bestimmt.



07.04.2014

.....
Datum Thomas Scherzberg
 Vorsitzender des Beirates

07.04.2014 *E. Teller*
Datum Teller
 Mitglied
 des Beirates

07.04.2014 *Ulbrich*
Datum Ulbrich
 Mitglied
 des Beirates

03.04.2014 *Seidel*
Datum Seidel
 Schriftführerin